

Bürgerkonvent will Föderalismus reformieren

Der Kanzler ist nicht der einzige, der Foren und Arbeitskreise, Räte und Kommissionen liebt

von Konrad Adam

Berlin - So etwas entsteht auch ganz von selbst, und es entsteht um so leichter, je weniger die Regierung mit dem, was sie zustande bringt, überzeugen kann. Das ist die Basis für das Gedeihen von so unterschiedlichen Gremien wie dem Bürgerkonvent, der Aktionsgemeinschaft Deutschland oder der Initiative für eine neue soziale Marktwirtschaft. Mit ihnen wollen interessierte Bürger ein Versprechen einlösen, das ihnen Willy Brandt einst gegeben hatte: Sie wollen mehr Demokratie wagen.

Unter diesen Gruppen ist der Konvent für Deutschland zwar nicht die älteste, ganz sicher aber die reputierlichste. Zu seinen Gründungsmitgliedern gehören Hans-Olaf Henkel vom BDI und Monika Wulf-Mathies von den Gewerkschaften; Peter Glotz und Klaus von Dohnanyi sind Mitglieder der SPD, Roman Herzog und Rupert Scholz gehören zur CDU; Otto Graf Lambsdorff vertritt die Liberalen und Oswald Metzger, einstweilen noch, die Grünen. Der Kreis ist überparteilich, aber keineswegs neutral. Er hat sich auch ein Ziel gesetzt, das höher liegt als das der Konkurrenten, denn er will nicht nur diese oder jene Reform vorantreiben, sondern nicht weniger als die Reformfähigkeit selbst reformieren.

Als sich der Konvent am Montag in seinem neuen Berliner Domizil der Öffentlichkeit vorstellte, ging es um die Verfassung, besser gesagt: um das, was aus ihr geworden ist. Herzog sprach aus der Sicht des Staatsrechtslehrers, von Dohnanyi aus seiner politischen Erfahrung und Henkel als Leidtragender über die absurden Konsequenzen, die es hat, wenn sich Bund, Länder und Kommunen gemeinsam auf etwas verständigen, was jeder einzelne von ihnen für töricht, überflüssig oder schädlich hält. Die Rede war von der organisierten Verantwortungslosigkeit des bundesdeutschen Föderalismus.

Dies mißratene Prinzip zu reformieren wird die erste der selbstgesetzten Konvents-Aufgaben sein. Soweit herrscht Einigkeit. Danach wird es munter, denn dann dürften sich innerhalb des Konvents selbst die Gräben auftun. Ob das Plebiszit eine gute Sache sei, darüber gehen zwischen Scholz und Herzog die Meinungen auseinander, und über das Mehrheitswahlrecht denken kleine Parteien wie FDP oder Grüne naturgemäß anders als die beiden großen. Wenn sich der Konvent mit den Parteien insgesamt anlegt, diesen in der Verfassung so nicht vorgesehenen Selbstherrschern der Republik, wird sich zeigen, ob der Konvent für Deutschland seinen Namen zu Recht trägt.

Artikel erschienen am Mi, 11. Mai 2005